



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866890

F/XII/273 - 29. November 1957

Einweise
auf den Inhalt:

Um die Spitze des Deutschen Gemeindetages	S. 1
Dr. Nehrus Appell	S. 3
SPD-Initiative in der Atomfrage	S. 4
Kritik des "Rheinischen Merkur" gegen Herbert Wehner	S. 5
Die Elternausschüsse in der Sowjetzone	S. 7

"So geht es nicht, Herr Minister!"

von Wilhelm Mellies, MdB

stellvertr. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bei den zahlreichen Gedächtnisfeiern zum 200. Geburtstag des Vaters der demokratischen Selbstverwaltung, des Freiherrn von **S t e i n**, die in den letzten Wochen stattfanden, wurde die kommunale Selbstverwaltung mit viel schönen Reden gepriesen. Immer wieder wurde betont, dass diese Selbstverwaltung das stärkste Fundament für die Demokratie in Deutschland sei. Den Wissenden stiegen dabei einige bittere Gedanken auf, wenn sie daran dachten, dass durch die Bundes- und Landesgesetzgebung die Selbstverwaltung in den Gemeinden praktisch immer mehr eingeengt wird. Bei den kommenden Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird es sich zeigen, ob so manche schöne Formulierung über die Bedeutung der Selbstverwaltung mehr gewesen ist als eine allgemeine Redensart.

Ein anderer Vorfall aus den letzten Tagen zeigt, wie wenig die Selbstverständlichkeiten einer demokratischen Ordnung heute in vielen Kreisen beachtet werden. Der Deutsche Gemeindetag, die kommunale Spitzenorganisation der kreisangehörigen Gemeinden, wird seit einigen Jahren geleitet von dem CDU-Bundestagsabgeordneten **L u c k e**. Herr **L u c k e** ist seit einigen Wochen Bundesminister für Wohnungsbau. In diesen Tagen wurde der Presse vom Sekretariat des Deutschen Gemeindetages eine Mitteilung übergeben, in der es heisst, dass der

Minister L ü c k e auch weiterhin Präsident des Deutschen Gemeindetages bleiben werde. Ferner wird darauf hingewiesen, dass der Bundeskanzler einer solchen Regelung ausdrücklich zugestimmt habe.

Die Spitzenorganisation der Kreisangehörigen Gemeinden muss Wert darauf legen, dass die Selbstverwaltung auch in ihren Reinen beachtet wird. Ob jemand Präsident des Gemeindetages ist, hängt nicht von der Zustimmung oder Genehmigung des Bundeskanzlers ab. Das ist Angelegenheit dieser Organisation selbst.

Leider hat sich offenbar das Präsidium des Gemeindetages in seiner Mehrheit mit dieser Regelung ebenfalls einverstanden erklärt. Mir scheint, dass man damit in diesem Gremium nicht genügend beachtet hat, dass eine Organisation, die die Selbstverwaltung fordert, beweisen muss, dass sie völlig unabhängig ist.

Entscheidend ist aber, dass der Minister L ü c k e offenbar selbst der Auffassung ist, es gereiche dem Gemeindetag zum Vorteil, wenn er Präsident bleibe. Sachlich wird ihn das sehr schnell in Schwierigkeiten führen, wenn er genau auf die Dinge achtet. Jeder Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Beispiel, der den Gemeinden neue Aufgaben zuweist, ohne für einen Ausgleich der dadurch entstehenden Belastungen zu sorgen - dazu gehört auch das Mehr an Verwaltungskosten - muss zwischen dem Minister und dem Präsidenten des Deutschen Gemeindetages zu einer Interessenkollision führen. Ob eine solche Kollision gegeben ist, will aber offenbar der Minister nach eigenem Ermessen bestimmen. Es liegt in der Natur der Sache, dass er dabei immer versucht sein wird, die Grenzen möglichst weit zu ziehen.

Aber auch für den Gemeindetag werden dauernd schwierige Situationen entstehen. Ob es ausgesprochen wird oder nicht: bei sehr vielen Entscheidungen und Stellungnahmen wird man überlegen, ob man nicht auf die Stellung des Präsidenten, der ja gleichzeitig Minister ist, Rücksicht nehmen muss. Das ist aber praktisch der Todeskeim für eine kommunale Spitzenorganisation. Wenn auch nur in einer einzigen Entscheidung, ob bewusst oder unbewusst, bei der Mehrheit der Mitglieder des Gemeindetages eine solche Überlegung eine Rolle spielt, hat die kommunale Spitzenorganisation ihren Sinn verloren.

Es ist peinlich für alle Beteiligten, dass diese Frage heute erörtert werden muss. Peinlich für den Minister, dem der Sinn für die parlamentarische Demokratie gebieten sollte, sofort sein Amt als Präsident des Deutschen Gemeindetages zur Verfügung zu stellen. Peinlich für die Mahner, weil über diese demokratischen Selbstverständlichkeiten überhaupt ein Streit entstanden ist.

Für die sozialdemokratischen Mitglieder in den Organen des Gemeindetages sind mit der Entscheidung des Ministers sehr ernste Fragen aufgeworfen worden. Sie werden von ihnen sehr sorgfältig geprüft werden, bevor man Folgerungen aus diesem Zustand zieht. Es geht um die entscheidende Frage, ob durch die jetzt getroffene Regelung diese grosse kommunale Spitzenorganisation noch die Möglichkeit hat, ihre Entscheidungen in völliger Unabhängigkeit zu treffen. Es wird für Sozialdemokraten schwer sein, in einer Organisation mitzuarbeiten, die durch die Doppelfunktion des Präsidenten praktisch ihren Sinn verloren hat.

Nicht mehr viel Zeit verlieren

sp- Es müssen schwerwiegende Gründe gewesen sein, die den indischen Ministerpräsidenten zu seinem beschwörenden Appell an die Vereinigten Staaten und an die Sowjet-Union bewogen haben. Die Weltöffentlichkeit hat allen Anlass, ein Wort aus solchem Munde gebührend zu berücksichtigen. Die Beschwörung Nehrus an Moskau und Washington, die Atomwaffenversuche einzustellen und eine wirkungsvolle Abrüstung in die Wege zu leiten, erfolgt zu einer Zeit, da sich die Mitglieder des Atlantikpakt zu ihrer in Paris stattfindenden Gipfelkonferenz rüsten - allerdings ohne Eisenhower, dessen Nichtteilnahme an diesem Treffen der Regierungschefs viel von seinem Gewicht und seiner Bedeutung nimmt.

Die Beschlüsse und Entscheidungen dieser Konferenz werden allerdings das politische Klima in Europa und in der Welt stark beeinflussen. Sollte es, wohin mächtige Einflüsse in einigen NATO-Staaten drängen, zur Ausrüstung aller Armeen der Mitgliedstaaten mit atomaren Waffen, Mittelstreckenraketen oder gar strategischer A- und H-Bomben kommen, so würde hier damit freie Bahn für eine Entwicklung gegeben, die sich der kontrollierenden Einwirkung der agierenden Mächte entzieht. Jeder kleine Grenzzwischenfall in Europa schloesse die Gefahr eines explosiven Ausbruchs des dritten Weltkrieges ein. Die Umwandlung der Bundesrepublik in eine Hauptabschusserampe für Raketen müsste zwangsläufig zur Versteinerung der deutschen Spaltung führen, den west-östlichen Gegensatz neuen und gefährlicher Auftrieb geben und die beiden Weltmächte veranlassen, aus einer militärisch so interessant gewordenen Deutschland nicht mehr herauszugehen. Es liegt in der unausweichlichen Logik einer solchen Entwicklung, dass mit ihr und durch sie die Bemühungen um eine Abrüstung im Weltmaßstab vom endgültigen Misserfolg begleitet wären; der künftige Kriegsschauplatz hiesse denn Westeuropa.

Wie schal, hohl und töricht ist doch das Gerede von der Herbeiführung eines Rüstungsgleichgewichts als erste Bedingung für das Zustandekommen künftiger Verhandlungen zwischen Moskau und Washington. Das führt zu einer Spirale ohne Ende. Die vorhandenen Vorräte an A- und H-Bomben allein genügen, um die ganze Erde in ein Trümmerfeld zu verwandeln und sie unwohnbar zu machen; beide Weltmächte sind auch in der Lage, sich gegenseitig tödliche Schläge zuzufügen. Nehrus Mahnung an Washington und Moskau gilt dem Versuch, einer neuen Situation mit neuen Mitteln und Methoden zu begegnen. Der Alpdruck eines dritten Weltkrieges kann von den Völkern nur genommen werden, wenn sich die Vereinigten Staaten und Sowjet-Union, bevor unwiderrufliche Tatsachen geschaffen sind, zu einem Direktgespräch zusammenfinden, und sie sollten dabei kein belastendes Gepäck mitführen. Die Fortdauer des Wettrüstens mit Massenvernichtungswaffen droht in eine Phase einzumünden, in der es immer schwieriger, ja, fast unmöglich wird, die klassischen Mittel der Diplomatie mit Erfolg anzuwenden.

Nehru befindet sich hier nicht allein. Sein Appell spiegelt wider, was viele Menschen so beunruhigend bewegt, sie in Angst und Furcht hält. Es gibt nicht wenige kluge Beobachter der internationalen Politik, die unsere heutige Situation mit der von 1913 und 1914 vergleichen. Damals schlidderete die Welt nach einem berühmten Wort des britischen Staatsmannes Lloyd George in den ersten Weltkrieg hinein; heute ist es noch möglich, die Wiederkehr eines solchen Verhängnisses zu verhindern. Viel Zeit ist den Handeindern allerdings nicht mehr gegeben.

...nur zu friedlichen Zwecken

FB. Der zweite Deutsche Bundestag, der in den Hochsommertagen in Langweile erstarb, wurde noch einmal aufgerüttelt, als in zwei kurz aufeinanderfolgenden namentlichen Abstimmungen für einen interfraktionell ausgearbeiteten Gesetzentwurf die erforderliche Mehrheit nicht zu erhalten war. Für den Gesetzentwurf, der im Grundgesetz festlegen wollte, dass in der Bundesrepublik Atomenergie nur zu friedlichen Zwecken verwendet werden darf.

Das erste Mal glaubte man an einen Zufall, dann stellte sich aber bald heraus, dass der Bundeskanzler selbst 44 CDU-Abgeordnete bestimmt hatte, sich der Stimme zu enthalten und damit die Grundgesetzergänzung zu Fall zu bringen, mit der Begründung, dass "das die NATO störe".

Seit dieser verhängnisvollen Abstimmung sind annähernd fünf Monate vergangen. Die Länder haben versucht, mit eigener Gesetzgebung eine Lücke zu schliessen, aber jedermann kann bestätigen, dass auf die Dauer dieses Verfahren nicht geht, dass es einer Bundes-Gesetzgebung bedarf.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat nun wiederum die Initiative ergriffen und einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes beschlossen, der dem Bund die Zuständigkeit der Gesetzgebung für die Erzeugung und Nutzung der Kernenergie geben will. Entscheidend aber ist es, dass genau entsprechend der seinerzeitigen interfraktionellen Vereinbarung die Worte "zu friedlichen Zwecken" folgen. Es soll also festgelegt werden, dass in der Bundesrepublik Atomwaffen irgendwelcher Art nicht hergestellt werden dürfen, wenn man sich nicht einer Verletzung des Grundgesetzes schuldig machen will.

Die SPD-Fraktion wird sich bemühen, dass auch andere Fraktionen diesen Gesetzentwurf mit unterzeichnen, denn dieses Problem sollte im Grunde genommen ausserhalb des politischen Streites stehen. Sie sieht schon heute aber mit besonderem Interesse der Haltung der CDU/CSU und der Bundesregierung entgegen. Die Bundesregierung und die CDU/CSU haben in der gerade in diesen Tagen aufgeflamnten Debatte über atomare Waffen immer wieder versichert, sie stünden zu dem freiwilligen -4a-

Verzicht der Bundesregierung im Londoner Protokoll, keine Abo-Waffen zu produzieren.

Wenn das stimmt, so müsste es ihnen eigentlich ein Leichtes sein, den sozialdemokratischen Gesetzentwurf mit zu unterzeichnen und ihn damit wieder interfraktionell werden zu lassen. Man wird abwarten müssen, ob diese Unterschrift angeblich wieder "die NATO störe". Sollte die Unterschrift oder die Zustimmung verweigert werden, dann kann man allerdings die Haltung von Regierung und CDU/CSU nur so auslegen, dass sie sich den Weg offen halten wollen, eines Tages in der Bundesrepublik auch Atombomben zu produzieren. Wer sich dafür auch nur den Weg offenhalten will, handelt aber gegen die Interessen des deutschen Volkes, denn er erschwert damit die Möglichkeiten der Abrüstung und er verweigert einen deutschen Beitrag hierzu.

Aus dem Regierungslager ist im Hinblick auf die Pariser Konferenz Mitte Dezember vielfach erklärt worden, es sei nicht die Absicht, diese Konferenz zu einer Söbelrassellei auszugestalten, sondern man wolle auch sehr wohl das Fernziel im Auge behalten, dass Frieden in der Welt nur durch Entspannung und Abrüstung erreicht werden könne. Auch im Regierungslager aber sollte man die Einsicht haben, dass dieser erstrebendwerte Zustand nicht wie ein Geschenk vom Himmel fällt und unter den gegebenen Umständen nicht global zu erreichen ist. Die Erkenntnis, dass man schrittweise vorgehen muss, setzt sich immer mehr durch. Wenn dem aber so ist, dann haben Bundesregierung und CDU eine glänzende Gelegenheit, ihren guten Willen unter Beweis zu stellen. Sie können es, indem sie den Gesetzentwurf unterstützen, der mit einer verfassungsändernden Mehrheit bestätigt, dass die Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen in ihrem Grundgesetz verzichtet.

* * *

Das manische Maschinengewehr

sp- Der Vorsitzende des gesamtdeutschen Ausschusses auch im Dritten Bundestag heisst wieder Herbert Wehner. Wenn man von der Komödie des "Kampfes" um den Vorsitz im Atomausschuss des zweiten Bundestages absieht, hat es in allen drei Legislaturperioden des Bonner Parlaments noch keine so heiss umstrittene Entscheidung gegeben wie die um die Wiederbetrauung Herbert Wehners mit der Leitung eines der wichtigsten Bundestagsausschüsse. In der letzten Runde griff sogar noch der Bundeskanzler und CDU-Bundesvorsitzende höchstpersönlich ein, um im Kabinett und in der CDU/CSU-Fraktion sein ganzes Gewicht in die Waagschale gegen Wehner zu legen. Die Fraktion hat aber der schwergewichtigen Versuchung widerstanden, eine antidemokratische Entscheidung zu fällen, und sie hat mit 117 gegen 95 Stimmen ihre positive Meinung gesagt, wenn auch knapp, so doch deutlich genug. Damit war der Weg frei, wenngleich des Kanzlers treuer Knappe Rasner, seines Zeichens parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, noch im letzten Augenblick versuchte, sich der Wiederbetrauung Wehners mit einer Philippika in den Weg zu legen, deren Formulierungen man in der letzten Zeit allwöchentlich im "Rheinischen Merkur" lesen konnte, dem Blatt, das sich als das linkerheinisch-reaktionäre Gewissen der CDU und als das "Schwert" des greisen Kanzlers gebärdet.

Wortführer des "Rheinischen Merkur" in diesem fanatischen Kampf gegen Herbert Wehner ist der Bonner Journalist Paul Wilhelm Wenger, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich jeweils mit der Sprachgewalt eines Sturzbaches auf ein bestimmtes Thema zu werfen, wobei er weder die Person des Angegriffenen noch den Ruf seines Blattes schont, von seinem eigenen ganz zu schweigen. War es einst die Baden-Württemberg-Frage, in der Paul Wilhelm Wenger - oder: PWW - den eingepelzten Altbadener mimte und den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Maier allwöchentlich zornig in der Luft zerriss, so heisst nun das Ziel: Herbert Wehner, in dem PWW die Inkarnation alles Bösen sieht - nein, noch mehr: "Die Personifikation der Gefährdung Deutschlands".

So wörtlich in PWW's neuestem Leitartikel mit dem romantisierenden Titel "Im Novembernebel", der so beginnt: "Auf den entlaubten Ästen hocken die Dohlen und krächzen" - und so endet: "... in die Weidenstrünke des Erlkönigrittles". Dazwischen - und es ist PWW's

Pech, dass Herbert Wehner einen Tag vor dem offiziellen Erscheinungsdatum dieses "Rheinischen Merkurs" wiedergewählt wurde - wird der verhasste Sozialdemokrat angefetzt und verrissen, dass die Stücke nur so fliegen -: "der einzige Vollmarxist (!) des Kontinents, der einen demokratischen Mehrheitswahlkreis vorzeigen kann", "der marxistische Oberfunktionär", "das abschreckende Symbol" ... ! So ein furchtbarer Mensch soll Vorsitzender des Gesamtdeutschen Bundestagsausschusses werden?! PWW schreit: "Wo bleibt angesichts solch unverfrorener KP-Sprache eigentlich das Veto des Bundesverfassungsgerichts? Wo bleibt die Grundrechtsverwirkungsklage des Bundesinnenministers nach Artikel 6 des Grundgesetzes?"

Damit man uns nicht für verwirrt hält: Wir zitieren tatsächlich wörtlich und garantiert nicht aus dem Zusammenhang gerissen! PWW ist nur einmal so, und dass seine Ausbrüche im "Rheinischen Merkur" als Leitartikel erscheinen, das ist Sache des "Rheinischen Merkurs". Aber PWW kann auch anders. So wirft er Wehner vor, er sei in Schweden wegen "moroser östlicher Nachrichten-Tätigkeit" verurteilt worden. Im Lexikon steht unter "moros": mürrisch, grämlich, saumselig". Wenn einer seine Nachrichten-Tätigkeit "mürrisch, grämlich und saumselig" versteht, muss er wirklich bestraft werden. Dann verärgert es PWW der CDU, dass sie "ihn (Wehner) zum Ritt für ein rotes Gesamtdeutschland satzelt". Das scheint uns allerdings zu viel der Strafe zu sein: Für Deutschland reiten - ja, aber für Deutschland gesattelt werden - nein! Und schliesslich wird PWW vollends komisch, denn er behauptet, dass Fritz Erlar "durch den radikalen Pazifisten Merten neutralisiert" worden ist. Man weiss, die SPD hat anstelle Erlars den Pastor a.D. Merten, einen ihrer anderen Wehrexporten, als stellvertretenden Vorsitzenden in den Verteidigungsausschuss delegiert. Nun ist Merten ganz gewiss kein "radikaler Pazifist". Aber dem vor Erregung rotierenden und giftsprühenden PWW ging offensichtlich alles durcheinander: Er verwechselte den Pastor Merten mit dem Pastor Wenzel, der nur wirklich Pazifist, aber seit dem 15. September nicht mehr Mitglied des Bundestages ist. Was ist schon ein Name? -

Das also ist des "Rheinischen Merkurs" prominenter Leitartikler Paul Wilhelm Wenger. Es dürften nicht nur die Novembernebel sein, die ihn zu solcher, zu seiner Sprache verführen. Er steht, Woche für Woche und jahraus-jahrein, mit schwarzen Schenkklappen versehen, auf seiner Bonn-Köln-Koblenzer "Merkur"-Bastion und rattert los: Das manische Maschinengewehr der ultrarechten CDU. Aber das Ding schießt mit Platzpatronen.

Getarnte SSD-Spitzel im Elternhaus

E.Z. - Berlin

Elternausschüsse gibt es auch an den Schulen in der Bundesrepublik. Die Tatsache, dass in diesen Novembertagen an allen Schulen der Sowjetzone die sog. "Elternbeiräte" neu gebildet wurden, würde daher jedes besonderen Interesses entbehren, wenn nicht aus diese "Elternvertretungen" künftig ausschliesslich als Instrumente des SED-Machtapparates eingesetzt werden sollen. Der offene Widerstand, der sich vor allem an den Oberschulen gegen das Pankower Regime bemerkbar macht, - die in die Tausende gehende jährliche Flucht von Abiturienten nach dem Westen gehört ebenfalls in dieses Kapitel - hat die SED-Führung veranlasst, den "Elternbeiräten" von sofort an neue politische Aufgaben zu stellen.

Mit der SED-Steuerung der Zusammensetzung dieser "Elternvertretungen" ist es nicht mehr getan. Was nützt es schon, wenn die Kandidaten für die "Elternbeiräte" von der SED und ihren Hilfsorganisationen in der jeweiligen Stadt sorgsam ausgewählt werden, wenn dadurch nichts gegen die Rebellion der Schüler gegen den Ulbricht-Staat ausgerichtet werden kann? Die neuen Richtlinien für die Arbeit der "Elternbeiräte" lassen daher auch klar erkennen, dass man mit der bisherigen Praxis nicht einverstanden ist. Künftig müssten die Mitglieder des "Elternbeirates" eine "höhere Form politischer Tätigkeit und ein höher entwickeltes gesellschaftliches Bewusstsein zeigen". Der Kampfgelast gegen jeden Widerstand, der von jedem FDGB-Organ, jeder SED-Grundorganisation usw. als Beweis für die Treue zum Ulbricht-Staat gefordert wird, soll künftig auch in die "Elternbeiräte" in den Schulen einkehren.

Die von der SED geforderte Aktivität soll sich dabei nicht etwa in der Schule selbst bemerkbar machen, sondern fast ausschliesslich gegen die Eltern der Schüler gerichtet sein. Pankow hat erkannt, dass die politische Haltung der Schüler nicht ohne Rückendeckung durch das Elternhaus denkbar ist.

Als auf dem SED-Parteitag am 30. März 1954 erstmalig über die politische Aufgabe der "Elternbeiräte" gesprochen wurde, begnügte man sich doch mit der Formulierung, dieses Organ habe eine "demokratische Kontrolle über die Schule" durchzuführen. Anlässlich der jetzigen "Neu-

Wahl" der "Elternbeiräte" gab die SED-Presse genaue Anweisungen, wie die Eltern der Schüler durch den "Elternbeirat" politisch auf Vordermann zu bringen sind. Das Gremium selbst spielt dabei keine Rolle. Mehr, da als erste Massnahme die "sofortige Bildung" der Parteigruppe gefordert wird. Diese Parteigruppe der SED, die sich aus aktiven SED-Mitgliedern zusammensetzt, soll die Befehle des zuständigen SED-Sekretariats durchführen.

Die Art und Weise, wie Pankow sich die politische "Erziehungsarbeit" gegenüber dem Elternhaus vorstellt, zeigt, dass künftig der "Elternbeirat" zu einem reinen Machtinstrument der SED gemacht werden soll. Die von der SED-Presse empfohlenen Arbeitsmethoden des "Elternbeirates" reichen von drastischen propagandistischen Beeinflussungsversuchen bis zum regulären Spitzeldienst, wie ihn auch die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes nicht besser leisten könnten.

Die Durchführung sog. "Elternseminare", in denen die Väter und Mütter der Schüler auf ihre politische Zuverlässigkeit im Sinne des Ulbricht'schen "Arbeiterstaates" überprüft und schwankende politische Ansichten ausgemerzt werden sollen, ist dabei die nur harmlosere Form dieser politischen Arbeit. Ganz eindeutig wird jedoch die Spitzelaufgabe der "Elternbeiräte" unterstrichen, wenn die ZK-Zeitschrift "Neuer Weg" erklärt, es müssten laufend "gemeinsame Elternbesuche der Parteigruppe des Elternbeirates mit den der SED angehörenden Lehrern" durchgeführt werden.

Was sich die SED von solchen "Elternbesuchen" verspricht, geht eindeutig aus der Parteipresse hervor. Da fehlt es nicht an Ratschlägen, wie man solche "Besuche" fruchtbar gestalten könnte. Um die Ursache des politischen Widerstandes der Schüler zu ergründen, soll durch diese "Besuche" festgestellt werden, ob im Elternhaus westliche Rundfunkstationen abgehört werden, ob vielleicht die "Vergiftung" der Jugendlichen durch westliche Lektüre im Elternhaus oder auch durch Besuche in Westberlin oder gar Urlaubsreisen nach der Bundesrepublik bedingt ist. Es sei Aufgabe des "Elternbeirates", genau zu untersuchen, wo und auf welche Weise der "Klassenfeind" in das Elternhaus eindringen konnte.

Die "Elternbeiräte" an den sowjetzonalen Schulen, die anfangs durchaus den demokratischen "Elternausschüssen" an den westdeutschen Schulen ähnlich waren, sollen zu Werkzeugen des terroristischen SED-Apparates degradiert werden. Die geringe Bereitschaft der Eltern, sich für den "Elternbeirat" zur Verfügung zu stellen, war die Antwort auf diese neuen SED-Praktiken. + + +